

---

VEREINIGUNG VON FREUNDEN  
DER  
TECHNISCHEN HOCHSCHULE  
ZU DARMSTADT E. V.

---

JAHRESBERICHT  
1980

VEREINIGUNG VON FREUNDEN  
DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE ZU DARMSTADT E. V.  
ERNST-LUDWIGS-HOCHSCHULGESELLSCHAFT

---

## Bericht

über die 55. Hauptversammlung am  
14. November 1980

Zu Punkt 1 der Tagesordnung Beratungen des Vorstandes übernahm dessen Vorsitzender Herr Professor Humbach die Leitung der Versammlung. Eine Niederschrift über diese Vorstandssitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung Bericht über das Vereinsjahr 1979/80 gedachte Herr Dr. Töpler nach Eröffnung der Mitgliederversammlung zunächst der Mitglieder, die seit der Jahrestagung aus unseren Reihen geschieden sind. Es verstarben am

	die Mitglieder
15.11.1979	Professor Dr. Otto Stocker, Darmstadt
29.11.1979	Professor Dr. Josef Werdicker, Bickenbach
Dez. 1979	Dipl.-Ing. Hans-Peter Sörke, 45
Darmst.	Dipl.-Ing. Heinz von Halem, Quisdon
Unbekannt	Dipl.-Ing. Daniel Bensch, Rollshacker
7.12.1979	Professor Dr. E. C. Keachic, Berkeley 4, California
24.1.1980	Dipl.-Ing. Kurt Heuser, Architekt, Esson
2. 3. 1980	Professor Dr.-Ing. Richard Pöschel, Kassel
15. 5. 1980	Dipl.-Ing. Werner Latsche, Darmstadt
28. 7. 1980	Dr.-Ing. Rudolf Trenschel, Aschaffenburg
17. 10. 1980	Dipl.-Ing. Heinz Kappeler, Architekt, Darmstadt
17. 10. 1980	Professor Dr.-Ing. Erwin Schmidt, Wiesbaden
24. 10. 1980	Dr. med. Hans-Karl Knepper, Darmstadt

Der Vorsitzende dankte der Versammlung, die sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben hatte, und ging dann zunächst auf die Mitgliederbewegung ein. Am Schluss des Berichtjahres, am 31. März 1979, hatte unsere Vereinigung 1481 Mitglieder.

Ort: Kékulé – Hörsaal der Technischen Hochschule Darmstadt, Petersenstraße 21  
Zeit: 14 Uhr 15

Anwesend: Etwa 105 Mitglieder und Gäste

Der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Ehrensenator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, begrüßte die Anwesenden zur 55. Hauptversammlung der Vereinigung und stellte fest, daß die Einladungen form- und fristgerecht erfolgt sind und daß die Hauptversammlung somit beschlußfähig ist. Sein besonderer Gruß galt dem Präsidenten der Technischen Hochschule, Herrn Professor Böhme, dem Vizepräsidenten Herrn Professor Krabs, dem Vertreter des Darmstädter Magistrats, Herrn Stadtrat Hoffmann, sowie der Landtagsabgeordneten und Referentin für Bildungsfragen, Frau Wagner, deren Anwesenheit angesichts eines anstehenden und noch zu besprechenden Problems, das auch den Landtag angeht, als Glücksfall angesehen und dankbar anerkannt wurde. Ferner begrüßte Herr Dr. Toeller herzlich den Festredner dieser Jahrestagung, Herrn Professor Habermehl, die Vertreter der Darmstädter Presse und nicht zuletzt die Mitglieder des Vorstandsrates, die mit ihren Beratungen die Jahrestagung einleiten.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung **Beratungen des Vorstandsrates** übernahm dessen Vorsitzender Herr Professor Humbach die Leitung der Versammlung. Eine Niederschrift über diese Vorstandsratssitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung **Bericht über das Vereinsjahr 1979/80** gedachte Herr Dr. Toeller nach Eröffnung der Mitgliederversammlung zunächst der Mitglieder, die seit der Jahrestagung aus unseren Reihen geschieden sind. Es verstarben am

	die Mitglieder
15. 11. 1979	Professor Dr. Otto Stocker, Darmstadt
29. 11. 1979	Professor Dr. Josef Werdecker, Bickenbach
Dez. 1979	Dipl.-Ing. Hans Petz, Berlin 45
Datum	Dipl.-Ing. Heinz von Halem, Duisdorf
unbekannt	Dipl.-Ing. Daniel Bersch, Rottenacker
7. 12. 1979	Professor Dr. E. C. Keachie, Berkeley 4, California
24. 1. 1980	Dipl.-Ing. Kurt Heuser, Architekt, Essen
2. 3. 1980	Professor Dr.-Ing. Richard Roosen, Kassel
8. 5. 1980	Dipl.-Ing. Werner Letsche, Darmstadt
28. 7. 1980	Dr.-Ing. Rudolf Trenchel, Aschaffenburg
17. 10. 1980	Dipl.-Ing. Heinz Kappler, Architekt, Darmstadt
17. 10. 1980	Professor Dr.-Ing. Erwin Schmidt, Wiesbaden
24. 10. 1980	Dr. med. Hans-Karl Kissner, Darmstadt

Der Vorsitzende dankte der Versammlung, die sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben hatte, und ging dann zunächst auf die Mitgliederbewegung ein. Am Schluß des Berichtsjahres, am 31. März 1979, hatte unsere Vereinigung 1481 Mitglieder,

heute, am 14. November 1980, sind es 1483, so daß der Mitgliederstand etwa gleich geblieben ist. Im laufenden Vereinsjahr, also seit dem 1. April 1980, hatten wir 44 Neueintritte, darunter 21 von Absolventen, 7 Verstorbene, 4 unbekannt Verzogene und 31 Austritte zu verzeichnen. Die Austrittserklärungen erfolgen meistens ohne Begründung, zuweilen mit guten Wünschen für die Weiterarbeit der Vereinigung; in wenigen Fällen wurden hohes Alter oder große räumliche Entfernung, die den Kontakt zur Alma mater erschweren, geltend gemacht.

Im abgelaufenen Vereinsjahr 1979/80 trat der Gesamtvorstand zweimal, am 14. Mai und am 18. Oktober 1979, zusammen. Da die in diesen Sitzungen behandelten Themen auf das laufende Vereinsjahr übergreifen, bezog Herr Dr. Toeller auch die Vorstandssitzungen vom 12. Juni und 16. Oktober 1980 in seinen Bericht ein. Die Frühjahrssitzungen befaßten sich im Schwerpunkt mit den Vorbereitungen der Jahreshauptversammlungen. Hierzu sagte der Vorsitzende: »Unsere diesjährige Jahrestagung steht, wie Sie aus dem Programm ersehen, ganz im Zeichen der Naturwissenschaften. Heute morgen haben wir einige Physikalische Institute dieser Hochschule besichtigen können, die auf den Gebieten der Kernphysik, der Festkörperphysik und der angewandten Physik arbeiten. Den Leitern dieser Institute und ihren Mitarbeitern sei nochmals an dieser Stelle für ihre Mühe sehr herzlich gedankt. Wir sind bei diesen Institutsbesichtigungen immer wieder beeindruckt von dem Umfang und der Intensität der Forschungsarbeit, die hier an dieser unserer Hochschule geleistet wird. Diese Besichtigungen sind für uns ein guter Ansporn, uns geistig und materiell für diese Hochschule einzusetzen. Im heutigen Festvortrag von Herrn Professor Habermehl kommt ja dann noch eine weitere Naturwissenschaft, die Chemie, zu Wort.«

Hauptthema der Herbstsitzungen waren Bewilligungsfragen, zu denen sich Herr Dr. Toeller wie folgt äußerte:

»Herrn Präsident Böhme möchte ich auch an dieser Stelle nochmals dafür danken, daß er uns durch wertvolle Hinweise darin unterstützt hat, unsere nun einmal beschränkten Mittel möglichst gerecht zu verteilen. Auf die Verteilung der Mittel wird ja nachher unser Schatzmeister noch näher eingehen. Lassen Sie mich an dieser Stelle nur einige Leitlinien aufzählen, die sich bei der Beratung der eingereichten Anträge als nützlich erwiesen haben:

1. An der TH Darmstadt haben sich nach 1945 neben den traditionellen Natur- und Ingenieurwissenschaften immer mehr Geisteswissenschaften angesiedelt. In früheren Zeiten war es selbstverständlich, daß die von unserer Vereinigung zur Verfügung gestellten Mittel fast ausschließlich der apparativen Ausgestaltung der naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Institute dienten. Unsere Vereinigung hat sich dieser Entwicklung unserer Hochschule nicht verschlossen und anerkannt, daß für die geisteswissenschaftlichen Institute die Bücher für ihre Forschungsarbeiten die gleiche Bedeutung haben wie die Apparaturen für die experimentell arbeitenden Institute. Wir haben deshalb in den letzten Jahren in steigendem Maße den Beschaffungsanträgen der geisteswissenschaftlichen Institute in gleicher Weise Rechnung getragen wie den Anträgen der traditionellen Institute die-

ser Technischen Hochschule. Ich weiß, daß die Professoren der geisteswissenschaftlichen Fächer diese unsere Einstellung zu schätzen wissen, wenn wir auch oft nur einen Teil der manchmal recht umfangreichen Bücherwünsche erfüllen können.

2. Unter den eingereichten Anträgen müssen wir in jedem Jahr eine Auswahl vornehmen, da unsere Mittel begrenzt sind, wenn auch immer noch ganz beachtlich im Vergleich zu den Mitteln, die den meisten Universitätsfördergesellschaften, Aachen und Stuttgart ausgenommen, zur Verfügung stehen.

Das erste Kriterium, das wir ansetzen, ist die Frage, ob der Antragsteller im vergangenen Jahr Mittel erhalten hat. Wir berücksichtigen also bevorzugt diejenigen Institute, die im vergangenen Jahr keinen Antrag gestellt haben oder deren Antrag nicht berücksichtigt werden konnte.

3. Bei unseren Entscheidungen spielt weiterhin eine Rolle die Überlegung, ob mit der Spende ein gewisser Multiplikatoreffekt erzielt wird, d. h. ob eine bereits vorhandene wichtige Apparatur wieder in Gang gesetzt werden kann oder durch ein Zusatzgerät in ihrer Leistungsfähigkeit verbessert oder in ihrem Anwendungsbereich erweitert werden kann, so daß eventuell auch mehrere Institute das Gerät verwenden können.

4. In unserer Satzung heißt es zwar: »Die Vereinigung bezweckt die Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre!«

In jedem Jahr erhalten wir immer wieder neben den Anträgen auf Mittel für wissenschaftliche Forschung auch solche auf Mittel für die Ausbildungspraktika. Der Vorstand ist der Ansicht, daß die Ausstattung der Praktika mit Übungsgeräten nicht unter den Begriff »Forschungsförderung« fällt und aus dem Etat der Hochschule mit Landesmitteln finanziert werden muß. Ich bitte die Herren Professoren, angesichts unserer begrenzten Mittel hierfür Verständnis zu haben und derartige Anträge nicht mehr zu stellen.

5. In den letzten Jahren erhalten wir mehr und mehr Anträge von studentischen Gruppen auf Unterstützung. Wie Ihnen bekannt ist, versehen wir seit vielen Jahren zwei dieser Gruppen mit Mitteln, nämlich die Akademische Fliegergruppe und das Hochschulorchester. Die Akademische Fliegergruppe Darmstadt hatte sich schon lange vor dem letzten Weltkrieg einen guten Ruf erworben. Ihre Tätigkeit ist ja auch noch durchaus unter den Begriff »Forschung« einzureihen. Das wäre bei dem Hochschulorchester nur mit einiger Gedankenakrobatik möglich. Aber das große Ansehen, das sich das Hochschulorchester unter seinem leider verstorbenen Leiter, Herrn Professor Maguerre, innerhalb und außerhalb der Hochschule erworben hat, hat uns immer den Mut gegeben, hier den in unserer Satzung verankerten Aufgabenkreis unserer Vereinigung etwas großzügig zu interpretieren. Wir sind uns aber dessen bewußt, daß insbesondere unsere Firmenmitglieder von uns erwarten, daß wir die uns zur Verfügung gestellten Mittel in erster Linie für Forschungszwecke bereitstellen. Es ist uns deshalb aufgrund unserer Satzung nicht möglich, nun auch die übrigen ca. 20 studentischen Kreise, die sich z. B. mit Funken oder Filmen befassen, zu unterstützen.

6. Hochschulinstitute, die einen Neubau bezogen haben und damit auch meistens einen größeren Betrag für die apparative Ausgestaltung des neuen Instituts erhalten haben, müssen zurückstehen gegenüber solchen Instituten, die jahrelang vom Staat keine Mittel erhalten haben. Ich bitte die betreffenden Professoren, hierfür Verständnis zu haben und von vornherein auf einen Antrag zu verzichten.

7. Schließlich hat sich der Vorstand in seiner letzten Sitzung aus gegebenem Anlaß auch eingehend mit der Frage befaßt, ob wir Anträge auf Übernahme von Druckkosten, beispielsweise von Dissertationen, berücksichtigen sollten. Am Schluß einer längeren Debatte bestand Einigkeit darüber, daß wir unseren bisherigen Standpunkt der generellen Ablehnung notwendigerweise beibehalten müssen, weil wir sonst mit einer Flut von Anträgen rechnen müssen, deren Berücksichtigung unsere Mittel weit übersteigen würde.

Meine Damen und Herren! Diese und eine Reihe weiterer Leitlinien, die wir uns im Vorstand erarbeitet haben, ermöglichen es uns, relativ schnell zu einer Entscheidung über die eingereichten Anträge zu kommen und die zur Verfügung stehenden Mittel – wie wir hoffen – so gerecht wie irgend möglich zu verteilen. «

Als weiteres Thema einer der Vorstandssitzungen schilderte Herr Dr. Toeller folgende Angelegenheit: »In der Sitzung des Vorstandsrates vom 16. November 1979 warfen unsere Mitglieder Rauber und Blaum die Frage auf, inwieweit das Land Hessen für die Reparaturen aufkomme, die zwangsläufig in jedem Jahr an den in den Hochschulinstituten verwendeten Apparaturen anfallen. Herr Präsident Böhme äußerte zu dieser Frage die auch von uns geteilte Ansicht, daß unsere Vereinigung hierfür eigentlich nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden sollte, daß die Bereitstellung größerer Mittel für Reparaturen von Institutsgeräten ausgesprochen eine Sache des Landes Hessen sein sollte, was aber keineswegs der Fall sei. Die beiden genannten Herren stellten angesichts dieser betrüblichen, jedem in der Industrie völlig unverständlichen Sachlage den Antrag, der Vorstand möge in dieser Angelegenheit eine schriftliche Demarche beim Hessischen Kultusministerium vornehmen. In der Vorstandssitzung vom 12. Juni 1980 wurde der von Herrn Professor Brandt angefertigte Entwurf eines derartigen Schreibens eingehend besprochen und in folgender Fassung abgesandt:

An den Kultusminister des Landes Hessen

Herrn Dr. Krollmann, Wiesbaden

Sehr verehrter Herr Minister!

Die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule bemüht sich seit vielen Jahren entsprechend ihrem satzungsgemäßen Auftrag mit ihren bescheidenen Mitteln die Forschung an der Technischen Hochschule Darmstadt zu unterstützen. In diesem Rahmen können die Professoren der Technischen Hochschule Darmstadt einmal im Jahr einen Antrag für Geräte oder Bücher stellen, wobei die Bewilligungssitzung jeweils im Rahmen der Hauptversammlung der Vereinigung stattfindet.

Auf der Sitzung im letzten Jahr wurde unter anderem über einen Antrag auf Reparatur eines Elektronenmikroskopes beraten. Ein Mitglied unseres Vorstandsrates stellte dabei die Frage, ob es nicht auch beim Staat wie in der Industrie üblich sei, bei

Neueinrichtungen von Versuchshallen und Labors für die kommenden Jahre einen bestimmten Prozentsatz der investierten Summe als Ersatz- bzw. Neubeschaffung vorzusehen. Er vertrat die Ansicht, daß die Vereinigung mit ihren bescheidenen Mitteln dafür doch wohl kaum eintreten könne.

Der anwesende Präsident der Technischen Hochschule Darmstadt, Herr Professor Böhme, sagte, daß die Reparatur oder Ersatzbeschaffung aus dem allgemeinen Titel 71 (Forschung und Lehre) von der THD geleistet werden müsse. Da dieser Titel neben den laufenden Kosten keine großen Reserven enthalten würde, bat er um eine Bewilligung des Antrags, was auch geschah.

Wir haben inzwischen erfahren, daß für das Jahr 1980 eine wesentliche Aufstockung des Titel 71 erfolgt ist. Nach unseren Informationen ist diese Erhöhung aber nicht generell, sondern nur zeitlich befristet vorgesehen. Außerdem dürfen aus diesem Fonds keine Reparaturen geleistet werden, was uns ein wenig verwundert. Außerdem wurde uns gesagt, daß es für die Unterhaltung der Gebäude einen Titel gibt, dessen Höhe aus dem Gebäudewert abgeleitet wird.

Damit wir bei an uns gestellten Fragen unseren Mitgliedern eine Antwort geben können, wären wir Ihnen für eine kurze Stellungnahme sehr dankbar, insbesondere interessiert uns, ob beim Staat grundsätzlich keine Beträge für Geräteersatzbeschaffungen und Reparaturen vorgesehen werden, die sich von der Investitionssumme für Geräte ableiten. Wir können uns vorstellen, daß dieses Problem nicht unbedingt universitätsspezifisch ist, da es ja auch andere staatliche Einrichtungen gibt, die Versuchsanstalten und Labors betreiben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Toeller                      gez. Brandt

Nach einem Zwischenbescheid vom 25. Juli erhielten wir dann am 30. September 1980 folgende Antwort:

Sehr geehrte Herren!

Für Ihr Schreiben vom 24. Juni 1980 danke ich Ihnen. Es gibt mir Gelegenheit, Ihnen für Ihre ständigen Bemühungen um die Entwicklung der TH Darmstadt zu danken und die Hoffnung auszusprechen, daß es Ihrer Vereinigung auch zukünftig gelingt, in Zusammenarbeit mit der TH wissenschaftliche Vorhaben zu fördern, die in den formalisierten Antragsverfahren der Forschungsförderung kaum durchführbar sind. In den Haushalten 1979 und 1980 wurden die Mittel für die Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen bei der ATG 71 der TH Darmstadt von 1,7 Mill. DM auf 3,9 Mill. DM erhöht. Der Hessische Landtag hat diese Steigerung der Mittel mit einer Einschränkung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Mittel verbunden, um einen gezielten Einsatz der Mittel für Gerätebeschaffungen zu gewährleisten. Die unbeabsichtigte Nebenwirkung dieser Einschränkung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Mittel bei der ATG 71 bezüglich der Reparaturen ist erkannt worden und soll beseitigt werden.

Bei der Verteilung der zusätzlichen Mittel für die Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen habe ich mich bemüht, die unterschiedlichen Gegebenheiten an den hessischen Hochschulen mit ihrer jeweiligen Fächerstruktur und den sich daraus erge-

benden Anforderungen an Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen zu berücksichtigen. Dabei ist deutlich geworden, daß im Gegensatz zur Bauunterhaltung beim Gerätebestand aussagekräftige Bestandsverzeichnisse der Hochschulen bisher leider fehlten. Ungeachtet der Tatsache, daß es im Landeshaushalt keine dem kaufmännischen Rechnungswesen entsprechenden Abschreibungsmöglichkeiten gibt, kann eine Orientierung der Bemessung der Ansätze für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen sowie Reparaturen an der Investitionssumme für Geräte daher gegenwärtig nicht erfolgen. Ich bin um eine dauerhafte bedarfsgerechte Bemessung dieser Ansätze bemüht. Der Erfolg hängt jedoch wesentlich davon ab, ob die Hochschulen die seit mehreren Jahren laufenden Bemühungen um eine adäquate Erfassung ihres Gerätebestands realisieren, damit eine verbesserte Bemessungsgrundlage erreicht wird.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

gez. Dr. Bengeser

Das Schreiben bestätigt also, daß infolge einer Einschränkung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der vom Landtag der Technischen Hochschule gewährten Mittel diese tatsächlich nicht für Gerätereparaturen eingesetzt werden dürfen, daß der Gesetzgeber diesen grotesken Zustand aber offenbar erkannt hat und abstellen will. Der letzte Satz des Schreibens läßt allerdings wenig Hoffnung auf eine Verbesserung des jetzigen Zustands zu, da als Voraussetzung hierfür eine angemessene Erfassung der Gerätebestände der Hochschulinstitute vom Kultusministerium gefordert wird. Ich kann mir allerdings nicht recht vorstellen, daß es an dieser Hochschule ein verantwortlich geleitetes Institut gibt, in dem nicht sämtliche vorhandenen Apparaturen erfaßt sind und ihr Bestand laufend überprüft wird. Es dürfte wohl zweckmäßig sein, wenn das Hochschulpräsidium zu dieser Frage gegenüber dem Kultusministerium Stellung nimmt, damit möglichst bald eine befriedigende Lösung zustande kommt. Diese wird aber wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen, was zur Konsequenz hat, daß unsere Vereinigung noch weiterhin, vielleicht sogar in vermehrtem Umfang, Geldmittel für Gerätereparaturen zur Verfügung stellen muß. Ich erwarte nachher in der Diskussion noch Stellungnahmen von Herrn Präsident Böhme, von den Institutsleitern und von unseren Mitgliedern.«

In zwei Vorstandssitzungen wurde über die Vergabe eines Darlehens an die Waldemar-Petersen-Stiftung beraten. Der Vorsitzende schilderte den Stand dieser Angelegenheit wie folgt:

»Das Darlehen in Höhe von 25 000 DM soll der Verbesserung der baulichen Substanz und der Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten des Waldemar-Petersen-Hauses dienen. Es waren noch Verhandlungen bezüglich der Kündigungsklausel, der Abrechnung der Zinsen und der Rückzahlungsmodalitäten notwendig gewesen. Diese Punkte sind zur beiderseitigen Zufriedenheit bereinigt. Das Kuratorium der Waldemar-Petersen-Stiftung, dem ich ja ex officio angehöre, hat in seiner Sitzung vom 3. Juli 1980 die von unserer Seite gestellten Bedingungen angenommen. Als



Zeichen unseres guten Willens hat unser Vorstand beschlossen, für das Jahr 1981 auf eine Zinszahlung zu verzichten, ebenso bis Ende 1983 auf eine Inanspruchnahme der Kündigungsklausel.«

Herr Dr. Toeller fuhr dann fort: »Lassen Sie mich noch einige Worte zum Waldemar-Petersen-Haus der Hochschule sagen, bei dem der im Kuratorium der Stiftung vertretene jeweilige erste Vorsitzende unserer Vereinigung mit zu entscheiden hat. Ich habe bereits im vergangenen Jahr über die günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Hauses berichtet, die auch, wie sich in der Kuratoriumssitzung der Waldemar-Petersen-Stiftung ergab, weiterhin anhält. In dieser Sitzung wurden einige weitere finanziell verkräftbare Ausbaumaßnahmen beschlossen. Am 2. und 3. Dezember 1979 feierten wir in dem Haus sein 50jähriges Jubiläum. Die Feier, bei der unser Vorstand durch seinen ersten und zweiten Vorsitzenden vertreten war, fand in dem gerade fertiggestellten neuen Versammlungsraum statt, der auch für die Abhaltung von Seminaren eingerichtet ist. Da Wissenschaftler-Gruppen in steigendem Maß Seminare im Waldemar-Petersen-Haus durchführen, dient dieses Haus in gewissem Umfang auch der Forschung und ist damit auch für uns förderungswürdig. Herr Präsident Böhme hielt die Festrede, wobei er dankbar des Stifters des Hauses, Herrn Professor Petersen, sowie der beiden Persönlichkeiten gedachte, die sich beim Bau des Hauses große Verdienste erworben haben, nämlich des Herrn Geheimrat Berndt und des damaligen Hochschulsportlehrers Herrn Söllinger, den wir auch heute noch bei bester Gesundheit unter uns begrüßen können. Der damals von Darmstädter Studenten gegründete Akademische Skiclub »ASD«, der viele Skikurse in dem Haus veranstaltete, hatte sich im dritten Reich aufgelöst. Seine ehemaligen Mitglieder, heute alle betagte, aber noch ganz rüstige alte Herren, haben sich wieder zusammengefunden und treffen sich regelmäßig in jedem Frühjahr mit ihren Ehefrauen zum Skilaufen für zwei Wochen im Waldemar-Petersen-Haus. Ich nehme in jedem Jahr mit Vergnügen an diesem Treffen teil, nicht zuletzt auch, um besser beurteilen zu können, welche Reparatur- und Ausbaubedürfnisse bestehen, und um in der Kuratoriumssitzung der Waldemar-Petersen-Stiftung aus eigener Anschauung mitentscheiden zu können. Wir, die Vereinigung der Freunde, haben immer den Ausbau des Hauses mitunterstützt und sollten das in dem uns durch die Satzung vorgegebenen Rahmen – beispielsweise durch Vergabe eines günstigen Darlehens – nach einhelliger Meinung des Vorstands auch weiterhin tun.«

Für die Aktivitäten unserer Vereinigung ist die Erhaltung des Gemeinnützigkeitsstatus von fundamentaler Bedeutung. In diesem Zusammenhang erwähnte der Vorsitzende die Erörterung eines Hinweises unserer Rechnungsprüfer, die bei zwei Sachverhalten, auf die er nicht näher einging, eine Gefährdung unserer Gemeinnützigkeit vermutet hatten. Diese Bedenken konnten aber durch den Steuerexperten der Firma Röhm, Herrn André, ausgeräumt werden.

Abschließend gab Herr Dr. Toeller einen hochschulpolitischen Ausblick:

»Meine Damen und Herren! Die Beweggründe jedes einzelnen von uns, Mitglied unserer Vereinigung zu sein, mögen verschieden sein: die Erinnerung an glückliche

Studentenjahre hier in Darmstadt, Dankesgefühle gegenüber der Alma mater, die uns für unser Berufsleben gut gerüstet hat, oder vielleicht die Sorge um die universitäre Forschung und Lehre in unserem Land. Wir alle verfolgen wohl mit großem Interesse die Vorgänge an unseren Universitäten, die vielfach so komplex sind, daß es für einen Außenstehenden schwer ist, sich aus den divergierenden, meist auch politisch gefärbten Informationen der Tagespresse und der zahlreichen hochschul- und wissenschaftspolitischen Blätter ein eigenes Urteil zu bilden. Um so dankbarer sind wir deshalb dem Präsidenten unserer Hochschule, wenn er uns bei jeder unserer Jahrestagungen einen Einblick in das Geschehen hier und in der gesamten hochschulpolitischen Landschaft gibt. Was letztere betrifft, so gehen sowohl die Lehre als auch die Forschung an unseren Hochschulen schweren Zeiten entgegen. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz sieht eine erhebliche Belastung auf die Hochschulen zukommen, wenn die Studentenzahlen in den nächsten 4 bis 5 Jahren voraussichtlich weiter steigen und erst dann ihren Höhepunkt erreichen werden. Man muß sich fragen, ob eine weitere Steigerung der Studentenzahl angesichts der Sparprogramme, die jetzt plötzlich nach der Wahl verkündet werden, überhaupt realisierbar ist. Ich bin persönlich der Ansicht, daß der Hebel zu einer Verbesserung dieser Verhältnisse an den höheren Schulen angesetzt werden muß. Es ist nämlich keineswegs so sozial, wie immer wieder verkündet wird, sondern höchst unsozial, wenn durch Senkung der Anforderungen beim Abitur und auch durch die Abwahlmöglichkeit wichtiger Fächer, die Bestandteil einer Allgemeinbildung sind, die Schleusen zum Eintritt in die Universität weit geöffnet werden, und dann die notwendige Auslese unter den nun einmal recht unterschiedlichen Begabungen erst während des Studiums stattfindet. Die zu späte Einsicht in die Begrenzung der eigenen Begabung und der deshalb erfolgende Abbruch des Studiums bringt einen hohen Zeitverlust in der weiteren beruflichen Laufbahn mit sich, der bei einer früheren Auslese schon in der Schule hätte vermieden werden können. Erfreulicherweise machen viele Abiturienten von ihrem Anrecht auf ein Hochschulstudium keinen Gebrauch, sondern ziehen eine praktische berufliche Ausbildung vor. Was aber aus der Sicht einer Technischen Hochschule besonders zu bedauern ist, ist die Tatsache, daß die Lehrer an unseren höheren Schulen niemals in ihrem Leben einen Einblick in die Arbeitswelt, insbesondere die in einem Industrieunternehmen, genommen haben, daß sie sich von ihrem Studium her in überreichem Maße mit politischen und soziologischen Problemen befassen, und daß sie dagegen der Technik, ihrer Faszination und ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung völlig fremd gegenüberstehen. Eine ausgesprochene Aversion gegen Naturwissenschaften und Technik hat dazu geführt, daß das Interesse der Abiturienten an den Berufen Physiker, Chemiker und Diplomingenieur vergleichsweise gering ist. Der derzeitige Mangel an Diplomingenieuren in fast allen technischen Sparten ist meines Erachtens nicht zuletzt auf diese Verhältnisse an unseren Schulen zurückzuführen. Alle jungen Lehrer sollten nach ihrem Studium erst einmal mindestens ein halbes Jahr in der Wirtschaft, am besten in der Industrie arbeiten, damit sie später ihren Schülern ein wirklichkeitsgetreueres, von Weltverbesserungsideen befreites Bild von der Welt der

Arbeit vermitteln können, so wie die Schüler sie später in ihrem Berufsleben vorfinden werden.

Es gibt noch viele weitere Entwicklungen, die uns mit Sorge erfüllen – ich erinnere nur an die Entwicklung der Fachhochschulen mit ihrer Verwissenschaftlichung und ihrer Abkehr von ihrer früher hervorragenden praxisbezogenen Lehre – aber ich wollte nur andeuten, daß wir nicht nur die Entwicklung unserer Hochschule, sondern die Veränderungen in der gesamten Hochschullandschaft beobachten müssen und mit dem Hebel zur Verbesserung mancher geradezu trostloser Verhältnisse an geeigneter Stelle – beispielsweise in den Elternversammlungen an höheren Schulen – ansetzen müssen.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich meinen Bericht, der wie immer nicht nur ein Bericht über das vergangene Vereinsjahr, sondern auch eine Artikulation unserer Sorgen sein soll, schließen.«

Der Vorsitzende stellte seine von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommene Ansprache zur Diskussion, an der sich Frau Wagner und die Herren Althoff, Blaum, Böhme, Brandt, Fischer, Rauber und Toeller beteiligten. In der lebhaften Aussprache, bei der besonders die gedämpft optimistischen Ausführungen von Frau Wagner Beifall erteten, ging es ausschließlich um die Reparaturkostenfrage und den diesbezüglichen Briefwechsel des Vorstands mit dem Kultusministerium. Als Ergebnis der Diskussion stellte Herr Dr. Toeller fest: die Bereitschaft des Herrn Präsidenten seinerseits zur Klärung der noch offenen Sachfragen einen Brief an das Kultusministerium zu schreiben und die Zusage von Frau Wagner, diese Angelegenheit in dem zuständigen Ausschuß des Hessischen Landtags zu erörtern. Bis diese Dinge geordnet sind, muß die Vereinigung bei den Bewilligungen auch Anträge, die sich mit Reparaturen befassen, weiterhin mit berücksichtigen.

Da zu anderen Themen seiner Ansprache keine Wortmeldungen erfolgten, bat der Vorsitzende Herrn Dr. Wenzel zu Punkt 3 der Tagesordnung

### **Erstattung der Jahresrechnung**

das Wort zu nehmen. Der Bericht des Schatzmeisters hatte folgenden Wortlaut:  
Meine Damen und Herren!

Mit dem Verlauf des Vereinsjahres 1979/80 sind wir insgesamt gesehen zufrieden. Ich kann Ihnen heute berichten, daß sich die Finanzen der Vereinigung auch weiterhin in einer soliden Verfassung befinden. Das Vermögen und die Einnahmen der Vereinigung sind in drei verschiedene Gruppen aufzuteilen:

1. die empfängerbestimmten Spenden, die wir treuhänderisch verwalten,
  2. der Punga-Nachlaß und dessen Erträge,
  3. der Vermögensanteil und die Mittel, über die die Vereinigung frei verfügen kann.
- Im vergangenen Jahr hatte ich Ihnen berichtet, daß im Vereinsjahr 1978/79 die Einnahmen – und dabei waren es besonders die empfängerbestimmten Spenden – erheblich zurückgegangen waren. Es ist erfreulich, daß nun im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Erholung eingetreten ist, so daß unsere Gesamteinnahmen ein Volumen von 696000 DM (im Vorjahr waren es 535000 DM) erreichten. Dem erhöh-

ten Zufluß an Spenden steht ein erhöhter Abfluß der Mittel gegenüber, sie sind von 537 000 DM auf 626 000 DM angestiegen.

Die einzelnen Gruppen sehen folgendermaßen aus:

Die empfängerbestimmten Spenden, die im vorangegangenen Jahr nur 216 000 DM betrugten, erhöhten sich wieder auf 347 000 DM. Wir freuen uns über diesen erhöhten Spendenzugang; diese 347 000 DM liegen jedoch noch beträchtlich unter dem ursprünglichen Niveau von 430 000 DM im Jahr 1977/78.

Mit dem höheren Spendenzugang sind auch die Abrufe der empfängerbestimmten Spenden höher geworden. Nach 250 000 DM im Vorjahr wurden nun im abgelaufenen Jahr 300 000 DM abgerufen.

Die Erträge aus dem Punga-Vermögen erreichten in diesem Jahr 23 000 DM. Ihnen standen Ausgaben durch Stipendiengewährung in Höhe von 2000 DM gegenüber. Bei den Einnahmen, über die die Vereinigung frei verfügen kann, ist ein kleiner Anstieg erfolgt. Den 300 000 DM des Vorjahres stehen 326 000 DM im abgelaufenen Jahr gegenüber. Dieser Zuwachs spiegelt jedoch nicht nur ein erhöhtes Spendenaufkommen wider, sondern ist auch durch höhere Vermögenserträge bedingt. Das Gesamtbild bei den frei verfügbaren Einnahmen sieht so aus:

	<b>1979/80</b>	<b>1978/79</b>
Beiträge	87 000 DM	87 000 DM
Freie Spenden	74 000 DM	65 000 DM
Vermögenserträge	165 000 DM	148 000 DM
Frei verfügbare Einnahmen	326 000 DM	300 000 DM

Bei den frei verfügbaren Mitteln hat sich nicht nur der Mittelzufluß erhöht; es trat auch eine Erhöhung der Ausgaben ein.

Nach Ausgaben von 278 000 DM 1978/79 haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr 323 000 DM ausgegeben. Dieser Anstieg ist auf höhere Bewilligungen zurückzuführen, die von 249 000 DM auf 286 000 DM angestiegen sind. Damit ist der aus den Einnahmen zur Verfügung stehende Rahmen nahezu ausgeschöpft worden. Die Gesamtausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>1979/80</b>	<b>1978/79</b>
Verwaltungskosten	26 000 DM	24 000 DM
Veranstaltungen	11 000 DM	5 000 DM
Bewilligungen	286 000 DM	249 000 DM
Ausgaben aus frei verfügbaren Mitteln	323 000 DM	278 000 DM

Im abgelaufenen Jahr wurden 65 750 DM an Darlehen zurückgezahlt. Damit stellt sich zum Ende des Vereinsjahres 1979/80 das Vereinsvermögen wie folgt dar:

	<b>1979/80</b>	<b>1978/79</b>
Bruttovermögen	3 112 000 DM	3 125 000 DM
Noch nicht abgerufene Bewilligungen	85 000 DM	117 000 DM
Nicht frei verfügbare Mittel	1 383 000 DM	1 345 000 DM
Nettovermögen, über das die Vereinigung frei verfügen kann	1 644 000 DM	1 663 000 DM

Der sich aus diesem Zahlenvergleich ergebende Vermögensrückgang hat sich nicht dadurch ergeben, daß wir mehr Geld ausgegeben haben als wir eingenommen haben, sondern resultiert letztlich aus dem teilweise erheblichen Kursrückgang bei den Wertpapieren.

Das vor uns liegende Jahr wird an der Hochschule nicht leichter werden. Es stehen mit Sicherheit weniger Mittel zur Verfügung. Wenn wir im bisherigen Rahmen unbürokratisch helfen wollen, sind wir in noch stärkerem Maße auf Ihre Bereitschaft angewiesen, unser Bemühen zu unterstützen. Bitte, helfen Sie mit Ihren Spenden der Hochschule!

Zum Schluß meines Berichtes habe ich der Firma Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft, deren Zentralabteilung Interne Revision unseren Jahresabschluß geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen hat, bestens zu danken. Herzlichen Dank schulde ich auch der Mitarbeiterin der Vereinigung, Frau Schober, sowie dem Geschäftsführer, Herrn Dr. v. Werder, für die im abgelaufenen Vereinsjahr geleistete Arbeit.

Eine Aussprache über diesen Bericht, für den der Schatzmeister reichen Beifall erhielt, wurde von der Versammlung nicht gewünscht. Der Vorsitzende dankte Herrn Dr. Wenzel für seinen Bericht sowie für seine mühe- und verantwortungsvolle Arbeit während des ganzen Jahres.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung verlas Herr Dr. Landes den

#### **Bericht der Rechnungsprüfer**

Er lautet:

Aufgrund des in der Hauptversammlung vom 16. November 1979 gegebenen Auftrags haben die Unterzeichner, Dr. Dietrich Landes und Joachim Schwarzkopf, am 14. Oktober 1980 die Jahresrechnung der Vereinigung geprüft.

Aufgrund der Abschlußprüfung der Revisionsabteilung der Brown, Boveri & Cie. AG wurde wie bisher auf die Nachprüfung der Zahlen des Jahresabschlusses im einzelnen verzichtet.

Die satzungsgemäße Bewilligung der Mittel und deren Verwendung wurden stichprobenweise geprüft incl. der Abwicklung über die Konten. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Wir schulden Herrn Dr. Wenzel, Herrn Dr. v. Werder sowie Frau Schober Dank für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Nachdem Wortmeldungen zu diesem beifällig aufgenommenen Bericht nicht erfolgten, stellte Herr Dr. Landes den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstands, der unter Stimmenthaltung der Betroffenen einstimmig angenommen wurde. Herr Dr. Toeller dankte den Rechnungsprüfern für die geleistete Arbeit und der Versammlung für das durch die Entlastung bewiesene Vertrauen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

#### **Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat, Wahl der Rechnungsprüfer**

erläuterte der Vorsitzende an Hand der an die Mitglieder ausgegebenen Stimmzettel die Wahlvorschläge.

Im Vorstand stehen die Herren Gert Silber-Bonz und Dr. Kurt Werner, die sich dankenswerterweise für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung gestellt haben, zur Wiederwahl an. Herr Dr. Gassert, der zum Vorsitzenden des Vorstands der Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim, berufen worden ist, möchte nicht mehr für eine Wiederwahl kandidieren und hat als Nachfolger seinen Vorstandskollegen Herrn Dr. Althoff vorgeschlagen. Der Vorstand ist diesem Vorschlag gern gefolgt, zumal Herr Dr. Althoff Absolvent unserer Technischen Hochschule ist. Herr Dr. Althoff kandidiert demnach für eine Neuwahl in den Vorstand.

Im Vorstandsrat stehen 22 Herren zur Wiederwahl an. Für eine Neuwahl in den Vorstandsrat werden folgende Herren vorgeschlagen:

Dipl.-Ing. Herbert Oberhaus, Chefingenieur der Adam Opel AG, Rüsselsheim, Professor Dr.-Ing. Rudolf Steiner, Leiter der Abteilung Verfahrenstechnik der Hoechst AG, Frankfurt am Main 80, und Bankdirektor Jürgen Wilke von der Dresdner Bank, Filiale Darmstadt.

Die zuständigen Gremien der Technischen Hochschule haben die bisherigen Vorstandsratsmitglieder Herrn Professor Hofmann als Vertreter der Fachbereiche 1, 2 und 3 und Herrn Professor Humbach als Vertreter des Fachbereichs 16 für weitere drei Jahre in ihren Ämtern bestätigt.

Aus der Versammlung heraus wurden keine weiteren Vorschläge zu den Wahlen gemacht. Nach Auszählung der Stimmzettel gab der Vorsitzende folgendes Ergebnis bekannt: Bei der Wahl zum Vorstand votierten 54 Stimmen mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden und 1 Stimme mit Vorschlag mit Änderung einverstanden.

Bei der Wahl zum Vorstandsrat waren 53 Stimmen mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden und 1 Stimme mit Vorschlag mit Änderung einverstanden. Damit waren alle Wahlvorschläge angenommen.

In den Vorstand wurden wiedergewählt:

Gert Silber-Bonz, Vorsitzender des Vorstands der Veith-Pirelli AG, Höchst/Odenwald

Dr. rer. pol., Dr.-Ing. E. h., Dr. phil. h. c. Kurt Werner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Maschinenfabrik Goebel GmbH, Darmstadt

In den Vorstand wurde neu gewählt:

Dr.-Ing. F. Dankward Althoff, Mitglied des Vorstandes der Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim.

In den Vorstandsrat wurden wiedergewählt:

Fabrikant Kurt Ott, Lossenweg 29, Darmstadt

Dr. Herbert Sommerfeld, Heinrichwingertsweg 64, Darmstadt

Dr. Hans Albers, Mitglied des Vorstands der Carl Schenck AG, Darmstadt

Dr. Joachim Borsdorff, Vorsitzender des Vorstands der HEAG, Darmstadt

Dipl.-Ing. Hermann Fischer, VDI, Am großen Berge 53, Frankfurt am Main

Dipl.-Ing. Arthur Hoffmann, Stadtrat, Darmstadt

Dr. Adam Hüfner, Rehkopfweg 22, Darmstadt

Arnulf von Keussler, Rechtsanwalt und Notar, Darmstadt

Dr.-Ing. Heinz-Jürgen Knittweis, Unternehmensberater, Dieburg

Dipl.-Ing. Rainer Müller-Donges, Ohlystraße 58, Darmstadt  
Dr. jur. Hermann Neuschäffer, Rechtsanwalt und Notar, Darmstadt  
Dr.-Ing. Hans H. Oschatz, Am Blütenweg 4, Seeheim  
Dipl.-Ing. Horst Rauber, Overath-Rappenhohn  
Otto Röhm, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Röhm GmbH  
Dipl.-Ing. Bernhard Sälzer, Mitglied des Europäischen Parlaments, Darmstadt  
Bankdirektor Joachim Schwarzkopf, Deutsche Bank AG, Darmstadt  
Dipl.-Ing. Friedrich E. Sennhenn, Geschäftsführer der Hottinger Baldwin Meßtechnik GmbH, Darmstadt  
Professor Dipl.-Ing. Paul Stöckmann, Mitglied des Vorstands der Maschinenfabrik Pittler AG, Langen  
Professor Dr. Jan Thesing, stellv. Vorsitzender der Geschäftsleitung der E. Merck, Darmstadt  
Dipl.-Ing. Hermann Thomas, Geschäftsführer der Maschinenfabrik Goebel GmbH, Darmstadt  
Dipl.-Ing. Wulff-Wedigo von Wedel, Mitglied des Vorstands der Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen, Frankfurt am Main  
Dr. Karl von Winckler, Am Birkengarten 23, Ottobrunn.  
In den Vorstandsrat wurden neu gewählt:

Dipl.-Ing. Herbert Oberhaus, Chefingenieur der Adam Opel AG, Rüsselsheim, Professor Dr.-Ing. Rudolf Steiner, Leiter der Abteilung Verfahrenstechnik der Hoechst AG, Frankfurt am Main 80 und Bankdirektor Jürgen Wilke, Dresdner Bank AG, Darmstadt.

Die neu in die Gremien der Vereinigung gewählten Herren waren anwesend und wurden bei der Vorstellung von der Versammlung mit Beifall begrüßt.

Herr Dr. Landes hatte aus beruflichen Gründen darum gebeten, von seiner Wiederwahl zum Rechnungsprüfer für das laufende Vereinsjahr abzusehen und als seinen Nachfolger Herrn Bankdirektor Wilke vorgeschlagen. Daraufhin wurden zu Rechnungsprüfern für das Vereinsjahr 1980/81 die Herren Bankdirektoren Schwarzkopf und Wilke einstimmig gewählt. Der Vorsitzende begrüßte Herrn Wilke als neuen Rechnungsprüfer und dankte Herrn Dr. Landes für seine bisherige Tätigkeit für die Vereinigung.

Dann bat Herr Dr. Toeller zu Punkt 7 der Tagesordnung

#### **Bericht des Präsidenten der Technischen Hochschule**

Herrn Professor Böhme das Wort zu nehmen, der folgendes ausführte:

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie als Gäste unserer Hochschule und freue mich, daß Sie im Rahmen der Jahrestagung der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt mir wiederum Gelegenheit geben, Ihnen zu berichten, welche Sorgen uns bewegen – Ihre Zusammenkunft fällt in eine für unsere Hochschule recht kritische Zeit, und meine Ausführungen werden daher heute ein nicht sehr hoffnungsfrohes Zukunftsbild zeichnen können – und welche Ergebnisse und Erfolge wir doch

im vergangenen Jahr verzeichnen konnten. Gerade in schwierigen Phasen der Entwicklung unserer Hochschule sind wir in besonderem Maße auf das wohlwollende Interesse, die kritische Anteilnahme und Unterstützung der sich mit unserer Institution verbunden fühlenden Freunde angewiesen. Sie haben heute vormittag Informationen über die Aktivitäten in Forschung und Lehre eines unserer naturwissenschaftlichen Fächer sammeln können und dabei vielleicht schon einiges über die Probleme erfahren, die uns gerade in diesem Bereich beschäftigen.

Ich halte es für eine kurzsichtige Politik, die uns zwingt, die personelle und sachliche Ausstattung einer wissenschaftlichen Disziplin einseitig an der Zahl ihrer Fachstudenten zu orientieren; doch läßt uns der akute Mangel in anderen Bereichen momentan keine andere Wahl. Ich möchte allerdings in aller Offenheit sagen – wo der Standard unserer Universität angegriffen werden sollte, dort ist die absolute Grenze gekommen in der Auseinandersetzung mit den politischen Instanzen. Auch wenn das vom Bund geschaffene Hochschulrahmengesetz die deutschen Universitäten wesentlich als berufsbildende Anstalten definiert, bin ich nicht der Meinung, daß dieses unsere alleinige und eventuell auch allein zentrale Aufgabe ist. Die deutsche Universität hat im Rahmen ihrer 800jährigen Geschichte deutlich gemacht, daß Berufsqualifikation das eine, daß aber die universitäre Idee, aus der diese Berufsqualifikation stammt, das andere und letztlich entscheidend Bestimmende ist. Wir haben eigene Traditionen, eine eigene politische Verantwortung, von denen aus wir die Entwicklung der Universität zu sehen haben. Doch lassen Sie mich wieder zurückkommen auf unser heutiges Programm.

Die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt hat auch in diesem Jahr unserer Forschung – im Rahmen ihrer leider auch begrenzten Möglichkeiten – großzügige Unterstützung und wertvolle Hilfe geleistet, für die ich Ihnen unseren Dank sagen möchte. Die von Ihnen bewilligten Mittel erlauben es, Forschungsvorhaben voranzutreiben, die nicht oder nur unzureichend vom regulären Haushalt der Hochschule finanziert werden können, bei denen es sich aber auch nicht um Großprojekte handelt, sondern um Vorhaben relativ begrenzten Zuschnitts, die gerade jungen Wissenschaftlern eine Chance bieten.

Dank sagen möchte ich wiederum den Freunden unserer Hochschule, insbesondere ihrem Vorstand, für das mir auch in diesem Jahr bewiesene Vertrauen, verbunden mit der Bitte, auch meine zukünftige Arbeit mit Verständnis und Interesse zu begleiten. Gerade in schwierigen Situationen ist auch ein so komplexer Mechanismus, wie es eine Hochschule ist, darauf angewiesen, daß sich eine möglichst große Zahl von Menschen in einflußreichen Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit der Universität verbunden fühlt und deren Anstrengungen unterstützt, die geistige Unabhängigkeit zu bewahren. In einer Zeit, wo offenbar nur der »Aufstand der Massen«, Gewerkschaftsappelle und Demonstrationen Haushalte bestimmen und politische Chancen eröffnen, in einer Zeit, wo die Aufgabe, die wir im Rahmen einer Universität zu leisten haben, schwierig durchzuführen ist, ist Ihre Hilfe wichtig. Eine Intensivierung der Beziehungen zwischen der Vereinigung von Freunden und der Hochschule kann aber nur gelingen, wenn einerseits möglichst alle Gruppierungen



der Hochschule von den Freunden angesprochen werden und repräsent sind, und wenn andererseits das gegenseitige Verständnis auf offener und umfassender Information aufbauen kann. Dazu soll ja mein Bericht wie jedes Jahr dienen.

Wesentliche Diskussionspunkte, welche die Hochschulpolitik des vergangenen Jahrzehnts bestimmt haben, sind auch im letzten Jahr immer noch und immer wieder Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen. Die Gesetzesänderungen halten weiter an. Die erneute »Bereinigung« der Personalstruktur, die durch das Hochschulrahmengesetz eingeleitet wurde, ist zwar abgeschlossen, findet aber jetzt ihre Fortsetzung vor den Schranken der Gerichte. Der Bundesgesetzgeber hat den Anstoß dazu gegeben, daß die auch von mir in der Vergangenheit heftig kritisierte Einführung der unpräzisierten Regelstudienzeit, also der Sanktion gegenüber Studenten bei Überschreitung einer bestimmten Studiendauer, wieder fallengelassen wurde. Es war eine einstimmige Entscheidung aller beteiligten Parlamente; dementprechend können sich alle als Väter des Erfolgs fühlen. Doch darf man nicht verkennen, was der eigentliche Grund gewesen ist. Ich habe immer gesagt: Eine geregelte Studienzeit ist notwendig, und auch gegenüber dem Steuerzahler kann man nichts anderes verantworten, aber allein die eigenen Versäumnisse und Unzulänglichkeiten, auf die ich gleich kommen werde, auf die Schultern der Studierenden abzuwälzen, das geht nicht an, und deswegen unterstütze ich den Abbau dieser erneuten Bürokratiesteigerung.

Im Studienjahr 1979/80 hat sich die Gesamtstudentenzahl unserer Hochschule erneut erhöht. Wenn wir die Fachhochschulen dazunehmen, kommen wir für den gesamten Darmstädter Hochschulbereich auf 17000. Mit der wachsenden Zahl der Studienanfänger wird sie weiter steigen, zumal die Nachfrage nach Studienplätzen an der Technischen Hochschule gegenüber früher überdurchschnittlich stark ist. Nach den umstrittenen Regeln der Kapazitätsverordnung könnten wir 2900 Studienplätze für Anfänger vergeben. Im Studienjahr 1979/80 wurden 2693 besetzt. Die Auslastung beträgt also über 90%, wobei allerdings die Nachfrage nach Studienplätzen fächerspezifisch unterschiedlich ist. Diplomstudiengänge unterlagen z. T. der Studienplatzbeschränkung, nur in der Chemie blieben Plätze frei. Die Architektur hätte das Anderthalbfache, der Maschinenbau das Doppelte der verfügbaren Studienplätze besetzen müssen, um alle Wünsche zu befriedigen. Ein besonderer Engpaß entstand in der Informatik, die doppelt so viele Studienanfänger aufnahm, als Studienplätze vorhanden waren. Im Wintersemester 1980/81 mußten wir deshalb in diesem sehr aussichtsreichen Studienfach eine Beschränkung einführen, um ordnungsgemäße Studienbedingungen zu gewährleisten. Nun ist hier das Problem folgendes: Anstatt in Darmstadt an der Technischen Hochschule die nötigen Investitionen durchzuführen, um genügend Informatiker ausbilden zu können, verteilt man aus politischen Gründen die Mittel auf das Land. Frankfurt hat eine Informatik die Fachhochschulen haben Informatik, so haben alle zu wenig Mittel, und die Ausbildung ist insgesamt natürlich nicht gut. Das sind alles politische Entscheidungen, die von der Sache her eigentlich nicht umstritten sein dürften. Ebenfalls überbelegt waren die Studienplätze des Wirtschaftsingenieurwesens und der Wirt-

schaftsinformatik. In den Diplomstudiengängen Bauingenieurwesen, Mathematik und Physik hatten wir ebenso wie in der Chemie noch Luft. Wir konnten uns bei Physikstudienanfängern gegenüber anderen Hochschulen einen guten Platz im Wettbewerb um die Studenten dadurch sichern, daß wir einen ingenieurwissenschaftlich ausgerichteten Studiengang anbieten. Diese Auslastung – das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die von namhaften Repräsentanten der Gesellschaft Deutscher Physiker – wird aber nur erhalten bleiben, wenn dieser Studiengang mit Intensität ausgebaut und weiterentwickelt wird.

Der von den Kultusministern zeitweilig angekündigte Einstellungsstopp für Lehrer bewirkte einen starken Rückgang der Lehramtsstudiengänge, obwohl gerade dies bei den Berufsschullehrern keineswegs angemessen ist. Daß eine Technische Hochschule freie Magisterstudienplätze und Fächer hat, in denen auch traditionelle Universitäten Überkapazitäten ausweisen, verwundert nicht, doch fallen diese Zahlen absolut gesehen nicht ins Gewicht. Diese Disziplinen werden Überlegungen anstellen müssen, inwieweit sie über ihre Service-Funktionen hinaus neue Studiengänge entwickeln können, die nur an einer Technischen Hochschule zu verwirklichen sind.

Im Wintersemester, das vor wenigen Wochen begonnen hat, haben wir wieder eine leichte Zunahme der Gesamtstudentenzahl, wir werden wahrscheinlich diesmal an 13000 herankommen. Wir haben die höchste Zunahmezahl in ganz Hessen; damit verstärkt sich erneut die Wohnungsnot der Studierenden, die in Darmstadt besondere Probleme verursacht, weil wir von einer sehr schlechten Bausubstanz ausgehen müssen. Natürlich wirkt sich auch die Studiendauer auf den studentischen Wohnraumbedarf aus. Die Dauer beträgt im Durchschnitt der Diplomstudiengänge 11,7 Semester, im Durchschnitt aller Studiengänge 10,8, d. h., wir haben in den letzten 8 Jahren die Studiendauer um über 1 1/2 Semester heruntergefahren. Das muß man auch einmal deutlich sehen. Wenn wir die Studiendauer um nur ein Semester senken könnten, würde der Wohnungsmarkt um 1000 wohnungssuchende Studenten entlastet; aber auch das ist nur reine Theorie, denn in den Wohnungen sind auch viele Ausländer, und bei dem deutschen Mietrecht sehe ich, daß beispielsweise im Karlishof 10 bis 20% der Wohnungen nicht mehr beweglich sind. Dem Bedarf steht ein immer geringeres Angebot gegenüber, denn der Wunsch der städtischen Bevölkerung nach mehr Wohnraum, der Trend, Wohnungen mit geringerer Personenzahl zu belegen, führen auch in Darmstadt zur »Entdichtung« und zur Vernichtung von Wohnplätzen für Studenten. Hinzu kommt, daß die Darmstädter Wohnsubstanz außerordentlich ungünstig für studentisches Wohnen ist. Damit wird – und das bedauere ich besonders – die Entfremdung zwischen Stadt und Hochschule, zwischen Bürgern und Studenten vertieft. Presseberichte, daß wir neue Wohnheimplätze in der Nieder-Ramstädter Straße demnächst bauen, stimmen leider nicht; im Haushalt ist alles gestrichen.

Mit diesen Problemen werden wir noch einige Zeit leben müssen, denn nach den neuesten Prognosen wird der »Studentenberg« nicht, wie einmal von den Kultusministern errechnet, bereits Mitte der 80er Jahre »abgearbeitet« sein. Dieser Ansicht

waren die Universitäten schon immer. Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz, die auf die Verhältnisse der THD umgerechnet wurde, werden die Anfängerzahlen bis zum Jahre 1984 gegenüber dem jetzigen Istzustand um bis zu 32% steigen und dann sich auf diesem hohen Stand bis 1987 einpendeln. Wahrscheinlich stimmt die Zahl auch nicht, denn unsere eigenen Studentenzahlen zeigen sehr deutlich, daß nach einem drei- bis vierjährigen Aufenthalt in der Industrie die Studenten wieder zurückkommen, und dadurch ergibt sich eine ganz andere Kurve als prognostiziert. Auch stimmen die Ausgangsdaten nicht, die uns der Kultusminister vorrechnet, bereits jetzt haben wir in Hessen 6000 Studenten mehr, als die Prognose im Juni als Basiswert verkündet hat, so abgestimmt mit dem Kultusminister, und nach diesem haben sie dann die Zahlen errechnet; man möchte Morgenshern zitieren bei einer solchen Art von Politik. Erst ab 1992 wird ein Absinken der Anfängerzahl auf den jetzigen Stand eintreten, und das ist fast keine Prognose mehr, denn die potentiellen Studienanfänger sitzen bereits in der Schule. Im Vergleich zu den Industriestaaten Schweden, Japan oder Amerika ist allerdings der Gesamtanteil am tertiären Bildungsbereich immer noch weitaus zu niedrig, doch möchte ich gleich betonen, ich halte es für total verkehrt, alle Studierenden – wir haben ja alle Seitenwege abgeschnitten – in die hohen Schulen zu führen. Die Struktur des Ausbildungsverhältnisses stimmt nicht mehr. Das Architekturstudium an der Fachhochschule etwa vermittelt heute weniger Baukonstruktion und weniger Statik und weniger Baubetriebslehre als an der Technischen Hochschule. Das sage ich mit einer gewissen Bitterkeit, denn dadurch verändert sich natürlich das Verhältnis zwischen Fachhochschule und Hochschule.

Aber ich komme nun zurück zu unseren Studentenzahlen. Wir rechnen damit, ob wir wollen oder nicht, daß wir in 3 bis 4 Jahren wahrscheinlich etwas mehr als 16000 Studenten haben werden; das ist fast ein Drittel mehr als jetzt. Gewiß ist gegenüber allen Vorausberechnungen dieser Art Vorsicht geboten. Es wäre nicht die erste Prognose, die schon nach kurzer Zeit revidiert werden muß. Prognosen sind ja nicht dazu da, daß ihre Zahlen tatsächlich eintreffen, sondern Prognosen sind die Grundlagen der Politik. Etwas dürfte mittlerweile ganz deutlich geworden sein: Die insbesondere bei Politikern weit verbreitete Meinung, die Hochschulen könnten nun zurücktreten, ihre Fonds könnten den Rentnern, den Lehrern und der sozialen und öffentlichen Sicherheit dienen, der Hochschulausbau sei abgeschlossen, wie wir es derzeit in der Presse lesen, finanzieller Anstrengungen bedürfe es nicht mehr – das ist in so undifferenzierter Form nicht haltbar. Man kann nicht längerfristig die Hochschulen zu Überlastquoten verpflichten, ohne daß das Ansehen der deutschen Wissenschaft ernsthaft Schaden leidet. In diesem Jahr haben wir Haushaltsverhandlungen gehabt. Dadurch, daß die FDP, und hier vor allem Frau Wagner, direkt die Gespräche mit den Präsidenten der Hessischen Hochschulen aufgenommen haben, war es möglich, den größeren Koalitionspartner, die SPD, überhaupt zu Verhandlungen zu bringen. Das Zusammenwirken beider Fraktionen hat dabei zu einer Verbindung der indiskutablen Kürzungsvorstellungen des Kabinetts geführt. Ich möchte Ihnen, Frau Wagner, hier wirklich Dank sagen, daß Sie uns geholfen haben,

nicht nur der TH Darmstadt, ich spreche im Augenblick für alle Hessischen Hochschulen. Wir sind wenigstens gehört worden, und es sind auch Korrekturen eingetreten. Und auch der anderen Frau Abgeordneten, Frau Trautmann von der SPD, habe ich zu danken, daß Sie den Ball aufgenommen hat.

Wenn ich jetzt auf die Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte komme, möchte ich nicht in das allgemeine Lamento einstimmen, zumal auch positive Entwicklungen zu verzeichnen sind. Dennoch geben uns einige Probleme zu großen Besorgnissen Anlaß. Da ist vor allem die wachsende Schwierigkeit, qualifizierte Professoren für Darmstadt zu gewinnen, weil die Ausstattungen einfach nicht mehr mit denen konkurrierender Universitäten mithalten können. Insbesondere in den großen Flächenstaaten, die z.T. eine große Zahl von Universitätsneugründungen aufweisen, werden mit massiven Versprechungen im personellen und sächlichen Bereich qualifizierte Hochschullehrer angeworben. In Darmstadt dagegen scheitern durchaus erfolversprechende Berufungsverhandlungen bisweilen an einer halben Stelle für eine Sekretärin. Man könnte dem entgegenhalten, daß die erforderlichen Ausstattungen durch eigene Schwerpunktbildung aus dem Haushalt heraus realisiert werden könnten. Dies ist auch meist die Argumentation auf seiten des Landes. Wenn man nun sieht, wie die Hochschule in den vergangenen Jahren Stellensperren überwinden und gleichzeitig aus eigener Kraft neue Schwerpunkte – ich denke da an die Halbleitertechnik und die Informatik – aufbauen und die Mindestausstattung in einigen Bereichen realisieren mußte, wird man erkennen, daß die Möglichkeiten im eigenen Haushalt erschöpft sind.

Das Land Hessen wird sich in diesem Zusammenhang fragen lassen müssen, ob seine absolute Priorität der Gesamthochschule Kassel mit der Maßgabe, daß nur für diese Universität neue Stellen bewilligt werden, vertretbar ist. Der Preis, der dafür unter Umständen gezahlt werden muß, ist hoch. Diese Prioritätssetzung beeinträchtigt das Niveau von Forschung und Lehre an den übrigen hessischen Universitäten, und zwar in einem ganz zynischen Rückkehrschluß. Wir werden nämlich an Kassel gemessen, und das dortige Maß wird dann unser Maß sein, und dann sind wir weg vom Fenster. Hinzu kommt noch, daß Braunschweig, Hannover und Siegen genau in dem Studiengebiet, das in Kassel aufgebaut werden soll, freie Plätze haben. Der Ausbau von Kassel ist natürlich ein Politikum, es ist nicht die Wissenschaft, die da finanziert wird, sondern die Infrastruktur. Es soll nichts gegen einen sachgemäßen Ausbau gesagt werden, wohl aber gegen eine einseitige Förderungspolitik, die von den anderen Universitäten längerfristig nicht verkraftet werden kann, um so weniger, als das Land doppelt investieren muß, weil Kassel nicht Mitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist. Die da fehlenden Beträge zahlen wir ja mit. Vielleicht soll Kassel in gewissen Schwerpunkten Standard erhalten, um dann in diesen Bereichen Forschungsgelder zu bekommen. Ich glaube, das Bremer Beispiel zeigt sehr deutlich, wo man hinkommt, wenn man glaubt, daß sich die Wirklichkeit nach theoretischen Vorstellungen orientieren soll.

Von Kürzungen bedroht sind solche Mittel, mit denen zuweilen akute Lücken an den Universitäten geschlossen werden konnten. Dies gilt insbesondere für die Mittel für

den Einsatz wissenschaftlicher Hilfskräfte, bei denen das Land im Jahre 1981 eine 30%ige Kürzung beabsichtigt. Ohne übertriebene Schwarzmalerei kann man feststellen, daß bei einer Realisierung dieser Absicht der Studienbetrieb, insbesondere das Grundstudium, in einigen Bereichen nicht aufrechterhalten werden kann. Es gibt auch einen anderen Punkt, der den Universitäten große Sorge bereiten muß. Das Land hatte lange Zeit geplant, die Zuweisung zur Unterhaltung der überregionalen Forschungsorganisationen, wie Deutsche Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft, einseitig ohne Nachahmung durch ein anderes Bundesland zu kürzen. Es ist gelungen, dies noch abzuwenden. Ursprünglich war außerdem ein totaler Stopp in der EDV-Entwicklung geplant, auch hier konnte eingegriffen werden. Jetzt kommen wir einigermaßen hin. Der Festschreibung der laufenden Mittel, wodurch die Preissteigerungen von den Hochschulen verkraftet werden müssen, entspricht eine Kürzung der Baumittel; also dort, wo wir im vergangenen und im laufenden Jahr ausweichen konnten, ist auch nichts mehr zu holen. Zwar werden die Universitäten nicht umhin können, ihren Beitrag zu allgemein als notwendig erachteten Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zu leisten. Ich halte den Gedanken für richtig, aus den öffentlichen Haushalten wieder umzuschichten in private, doch kann dies nur dann sinnvoll sein, wenn wir unsere Investitionen und Innovationen nicht kürzen. Ich halte es für notwendig, daß das Land die Grundfinanzierung für unsere Universitäten leistet, denn das ist ein unverzichtbares Mittel für die Zukunftssicherung unseres Landes.

Indessen gibt es, wie ich bereits angedeutet habe, auch erfreuliche Entwicklungen. So hat das Jahre dauernde Bemühen der Hochschule um ein Programm für die Ersatzinvestitionen im Gerätebereich Erfolg gehabt. Im Jahre 1980 wurden der Hochschule knapp 4 Millionen DM zur Verfügung gestellt, das waren fast 40% des Landesanteils. Der gleiche Betrag ist erfreulicherweise auch in den Etat 1981 eingedrückt und dank des Schutzes durch die FDP-Landtagsabgeordneten bisher nicht diskutiert worden. Es ist geplant, diesen Betrag auch im Jahre 1982 nochmals in den Haushalt aufzunehmen. Wenn wir einmal von der vollständigen Realisierung ausgehen, so würden in drei Jahren fast 12 Millionen DM Landesmittel, die bei Großgeräten gegebenenfalls noch durch Bundesmittel verstärkt werden, investiert. Dies ist eine erhebliche Leistung des Landes, aber sie bedeutet nur die längst fällige Ergänzung und Reinvestition auf dem Gebiet vollständig veralteter Ausstattungen. Da in den nächsten Jahren keine größeren Neubaumaßnahmen in Darmstadt erwartet werden können und daher auch keine Geräteausstattungen anfallen, ist die geplante und z.T. bereits geleistete Landesinvestition von besonderer Bedeutung. So wichtig es ist, diesen Titel zu haben, so haben wir dadurch insofern eine Einschränkung, als alle einmaligen Mittel für die Hochschule nur für Geräte ausgegeben werden. Im Unterschied zu den Universitäten haben wir nicht die Möglichkeit, auf den Bibliothekshaushalt auszuweichen. Deswegen ist das schon etwas schwierig. Jeder Chemiker würde Ihnen sofort sagen: Es ist wichtig, daß ich mein Gerät habe, aber es ist sinnlos, wenn ich gleichzeitig die Zeitschrift, die auch am Arbeitsplatz notwendig ist, abbestellen muß. Deswegen benötigen wir hier eine Flexibilität der

Haushaltsgestaltung. Die klassischen Universitäten können dies mit ihrer Unibibliothek überspielen, wir nicht.

Was die personelle Ausstattung unserer Hochschule betrifft, so sind hier die Aussichten alles andere als ermutigend. Jede freiwerdende Stelle wird im nächsten Jahr erst einmal für drei Monate gesperrt. Darüber hinaus droht uns ein Stellenabzug, dessen Höhe wir zu reduzieren hoffen, da es gelungen scheint, bei den Politikern Verständnis für die Situation der Universitäten und besonders der einzigen Technischen Hochschule des Landes zu wecken. Denn anders als die Universitäten besitzen wir noch eine größere Zahl von zeitlich begrenzten Wissenschaftlerstellen. Dadurch entsteht bei uns eine erheblich höhere Fluktuation, nämlich 17,8%, wie die letzten Zahlen des Ministeriums – unsere liegen etwas niedriger – zeigen. Auf jeden Fall wird durch die bevorstehenden personellen Einsparungsmaßnahmen die Bildung neuer Schwerpunkte bzw. die Absicherung alter sehr erschwert. Ganz abgesehen davon wird die notwendige Entwicklung neuer Studiengänge, von der eine Technische Hochschule lebt, eingegrenzt.

Im vergangenen Jahr beschäftigte uns, wie ich schon angedeutet habe, das Problem der Personalüberleitung nach dem Inkrafttreten des neuen Hochschulrechts. Fehlende oder eingeschränkte Karrierechancen haben die Entscheidung über diese vierte Personalüberleitung in 9 Jahren für die Hochschule so schwierig gemacht. Es mußten nach den Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes die in Hessen verbliebenen Dozenten auf Zeit und auf Widerruf in die neue Personalstruktur übergeleitet werden, das heißt, wir mußten vorschlagen, für welche Stellen eine Umwandlung zum Professor auf Zeit oder auf Lebenszeit in Frage kam. Die mit diesem Problem befaßten Gremien haben sich ihre Entscheidung nicht leichtgemacht. Wir haben jeden einzelnen Antrag mit großer Sorgfalt geprüft und sind mit großer Zurückhaltung vorgegangen, was von den betroffenen Kollegen natürlich kritisiert worden ist. Aber diese neuerliche Überleitung, und das ist unser Unbehagen gewesen, hat wieder das Selbstergänzungsrecht der Universitäten im Personalbereich tangiert. Ich hoffe, daß dies nun vorläufig die letzte Personalüberleitung ist. Über die Anhebung der Althabilitierten und die damit verbundenen Probleme möchte ich nichts sagen; das hat die Hochschule weitgehend abgelehnt, weil sie nicht meint, daß ein Professorenamt bewertet werden soll, daß auch bei den Professoren eine Laufbahn eingerichtet werden soll. Darüber hinaus muß ich sagen, daß Hessen – und das ist ein grundsätzliches Problem – bezüglich der Professoren- und Qualifikationsstellen im Vergleich zu anderen Bundesländern am schlechtesten abschneidet. Damit kann einmal das Bedürfnis der Hochschullehrer nach wissenschaftlicher Assistenz kaum befriedigt werden, zum anderen sind die Aufstiegschancen junger Wissenschaftler außerordentlich eingeengt. Sollte diese Politik fortgesetzt werden, so steht zu befürchten, daß nicht nur die absehbare Überalterung des Lehrkörpers sich negativ auswirken kann, sondern daß auch in wenigen Jahrzehnten ein akuter Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs eintreten wird. Angesichts dieser Problematik bei ansteigender Studentenzahl hat sich die Hochschule entschlossen, im Professorenbereich jetzt nichts zu unternehmen.

Die Weiterentwicklung der Studienreform wurde im vergangenen Jahr fortgesetzt, wobei ich das Wort »Studienreform« langsam nicht mehr hören kann, wenn es im Zusammenhang mit Geld und Haushaltsangelegenheiten steht. Studienreform als Ausgleich für mangelndes Geld, das ist unfair, da kann nicht gutgehen. Ich kann auch das Wort »Entrümpelung« nicht mehr hören. Zu begründen, was bei einer »Entrümpelung« wichtig ist und was nicht, ist meines Erachtens keineswegs einfach. Bei der Studienreform ist für mich entscheidend, daß eine Hochschule attraktiv bleiben muß, daß ihre Produktionspalette vom Markt aufgenommen wird, und daß unsere Studierenden, nachdem sie absolviert haben, auf dem Markt unterkommen. Das ist der Leitfaden von Reform und nicht Entrümpelung. Im Bereich der Forschung können wir einige Erfolge verzeichnen. Mehreren Wissenschaftlern der Hochschule wurden hohe wissenschaftliche Auszeichnungen verliehen, was natürlich auch dem Ruf der ganzen Hochschule zugute kommt. Eine günstige Entwicklung haben insbesondere die Sonderforschungsbereiche genommen, zwar haben wir zwei verloren, sie waren aber zum Schluß doch mehr formaler Art, es ist nicht eigentlich an die Substanz gegangen, aber die übrigen Bereiche laufen gut. Neu hinzugekommen ist ein Sonderforschungsbereich »Vergleichende Neurobiologie des Verhaltens«; er wird gemeinsam getragen von Darmstadt und Frankfurt. Der Sonderforschungsbereich 65 »Festkörperspektroskopie« in Darmstadt und in Frankfurt ist einer der ältesten in der Bundesrepublik überhaupt, er hat eine im vergangenen Jahr durchgeführte Zwischenbegutachtung glanzvoll bestanden. Die Hochschule hat das Ihrige dazu beigetragen, daß dieser Sonderforschungsbereich weiterbesteht.

Ich habe Ihnen schon mehrfach über die Bedeutung der Drittmittel berichtet. Das sind nicht die Mittel aus der Industrie, sondern das sind die Mittel, die wir von den Bundesorganisationen wie Deutsche Forschungsgemeinschaft, Ministerien bekommen. Daß wir auch unsere Haushaltsmittel so einsetzen müssen, daß sie sich möglichst durch die Einwerbung von Drittmitteln vervielfachen, geht aus dem Zahlenmaterial unseres Forschungsberichts hervor. Ein Vergleich der Technischen Hochschule Darmstadt mit den klassischen Technischen Hochschulen der Bundesrepublik im Bereich dieser Mittel zeigt aber, daß wir beträchtliche Anstrengungen unternehmen müssen, um konkurrieren zu können. Die Gründe für unser relativ schlechtes Abschneiden sind bisher nicht geklärt. Da die Drittmittel eine zunehmende Bedeutung für den Forschungsbetrieb haben, müssen wir überlegen, wie wir diesen Bereich stimulieren und die Drittmittelinwerbung nicht durch bürokratische Hemmnisse bremsen, sondern durch eine Art Bonus fördern können.

Veranlaßt durch die guten Erfahrungen, die die Hochschule mit den bei ihr angesiedelten Prüfstellen gemacht hat, habe ich beim Kultusminister die Gründung einer »Prüfstelle für Mutagenität an der Technischen Hochschule Darmstadt« beantragt, nachdem die Gremien der Hochschule dieses Vorhaben gebilligt hatten. Ich hoffe, daß dieser Antrag, obwohl vielerlei Probleme damit verbunden waren, Erfolg haben wird, und daß damit eine neue Einrichtung an der Hochschule ihre Pionierfunktion aufnehmen kann.

Es ist, glaube ich, notwendig – daß zeigt der jüngste Forschungsbericht ja deutlich –, daß wir den Dokumentationscharakter, die Darstellung unserer eigenen Forschung nach außen verstärken müssen. Die Öffentlichkeitsarbeit unserer Hochschule und ihr Bestreben, Forschungsergebnisse in die Praxis umzusetzen, müssen mehr Beachtung finden. Ob es allerdings so geht, wie wir es auch versucht haben, nämlich durch Mitwirkung an einem Gemeinschaftsstand der Technischen Hochschulen Aachen und Karlsruhe auf der Hannover-Messe vertreten zu sein, erscheint mir zweifelhaft. Die Aufwendungen dafür scheinen mir in keinem Verhältnis zu dem zu stehen, was wir dabei eingebracht haben.

Schließlich möchte ich noch über einige weitere Aktivitäten unserer Hochschule, die nach außen gerichtet sind, berichten. Wir haben uns einmal intensiv bemüht, ein »Studium für alle« zu entwickeln, das vor allem Hörern hier in Darmstadt angeboten wird. Der Zuspruch ist ganz enorm und überraschend. Wir haben Vorlesungen ausgewählt, die für einen allgemeinen Zuhörerkreis geeignet sind und dazu beitragen, den Kontakt der Hochschule zur Stadt zu vertiefen, und das ist angenommen worden. Wir haben außerdem während der 650-Jahr-Feier der Stadt Darmstadt eine Vortragsreihe angeboten: »Darmstadt und seine Technische Hochschule«; auch diese hat ein gutes Echo gehabt. Darüber hinaus haben wir mehrere Sonderveranstaltungen mit städtischen oder staatlichen Institutionen wie Museum oder Bibliothek durchgeführt.

Erfreulich war auch die Entwicklung unserer Beziehungen zu ausländischen Hochschulen. Im Sommer dieses Jahres konnte ein seit 17 Jahren verhandelter Kooperationsvertrag mit der Technischen Universität Warschau unterzeichnet werden. Das ist eine Verbindung, die im Grunde genommen schon über 80 Jahre alt ist, und die nun von Studenten der Architektur und des Bauingenieurwesens aufgenommen und geknüpft werden konnte. Weiter konnte eine Verbindung mit der neuen Universität Lissabon geschlossen werden. Ferner gibt es seit dem Frühjahr 1979 Kontakte zur Tong Ji-Universität in Shanghai, einer deutschen Universität, die 1906 gegründet worden ist. Hier liegt inzwischen ein unterschrittsreifes Kooperationsabkommen vor. Der derzeitige Rektor der Universität hat vor dem zweiten Weltkrieg an der Technischen Hochschule Darmstadt promoviert und sich bei Herrn Klöppel habilitiert. Er hat die TH Darmstadt und die Ruhruniversität Bochum gebeten, der Tong Ji-Universität zu helfen, eine Universität nach deutschem Muster aufzubauen. Deshalb müssen alle Dozenten und Studenten die deutsche Sprache erlernen, damit die Lehrveranstaltungen in Deutsch abgehalten werden können. Die TH Darmstadt hat zwei Dinge beigetragen: erstens den Vorschlag, ein Studienkolleg nicht hier in Darmstadt zu errichten, sondern in Shanghai, was den großen Vorteil hat, bedeutend billiger zu sein, und zweitens – die Nachricht haben Sie der Zeitung entnommen – hat sie der Wirtschaftsminister dieses Landes, Herr Karry, dafür gewonnen, einen Förderkreis zu gründen, der die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschule beim Ausbau der Universität Shanghai fördern, aber auch bei der Entwicklung der Beziehungen von Bochum und Darmstadt zu Tong Ji helfen soll. Das Auswärtige Amt, der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik, die DFG und die



Humboldt-Stiftung unterstützen diese Kontakte nachdrücklich. Inzwischen waren auch mehrere Kollegen schon in Shanghai. Neben diesen Neuabschlüssen von Verträgen bemühen wir uns, die bereits bestehenden Verträge mit Leben zu erfüllen, insbesondere den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern zu intensivieren. Das betrifft die Kooperationsverträge mit der Universität Bordeaux I, mit dem Institutul Politehnic Bucuresti, mit der Université de Technologie de Compiègne, mit der Technischen Universität Veszprém, mit dem Forschungsinstitut für Technische Chemie in Veszprém und der Ecole Centrale de Lyon, der ältesten Nachkriegsvereinbarung, die im wesentlichen von der Elektrotechnik getragen wird.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen heute ein relativ düsteres Bild von der unmittelbaren Zukunft unserer Technischen Hochschule gezeichnet und mehr von unseren Sorgen und Schwierigkeiten als von unseren Erfolgen gesprochen habe, so nicht, weil es allgemein üblich ist, daß zwar aufgrund der weltpolitischen und konjunkturellen Lage die Notwendigkeit einer sparsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen proklamiert wird, jedoch sofort ein großes Wehklagen ausbricht, wenn es um Abstriche an Privilegien einzelner Gruppen unserer Gesellschaft geht. Vielmehr bewegt mich die Sorge, daß der geringer werdende Stellenwert, der dem Bildungssektor von den Politikern zuerkannt worden ist und zuerkannt wird, auf kurz-sichtigen Überlegungen beruht, die zu einer Minderung des technologischen und ökonomischen Ansehens der Bundesrepublik Deutschland führen und die nur mit großen Anstrengungen revidiert werden können.

Für die aktuelle Situation unserer Hochschule beklage ich weniger die vielfach drastischen Einschränkungen, mit denen wir fertig werden müssen, als die daraus resultierende Abkehr von dem Ideal, daß man ein freies Studium ermöglichen muß, und ich bedaure, daß die Freiheit und die Selbstbestimmung heranwachsender junger Menschen auf der Strecke bleiben müssen. Mit welcher Euphorie und mit welchem Ungestüm man vor 10 Jahren die Bildungspolitik angegangen hat, wissen wir. Mit welcher Kraßheit man sich aus diesem Engagement verabschiedet, nachdem die Bildungswerbung Erfolg gehabt hat und nun die Lawine auf uns zurollt, das sehen sie nicht. Man könnte fast formulieren: Beim Ausbrechen von Feuer lösche man mit Benzin.

Obwohl ich weiß, daß das sehr unüblich ist, möchte ich Ihnen zum Schluß noch ein praktisches Problem unterbreiten. Wir haben eine Professur für Baubetrieb neu eingerichtet, die wir schon lange gewünscht haben. Von allen Gremien bewilligt, hatten wir im Haushalt einen Kleinbus eingebracht. Die Mittel für die Geräte, die in dem Bus installiert werden sollen, konnte die Hochschule aus eigener Kraft leisten. Das Ministerium hat aber in den Verhandlungen gesagt: Was, ein Auto? Kommt nicht in Frage. Ich wende mich daher an die Freunde der Hochschule: Ist vielleicht einer unter Ihnen, der unserem Professor für Baubetriebslehre mit einem Bus – es kann auch ein abgeschriebener Bus sein, wir sind für alles dankbar – helfen könnte? Ich übergebe Ihnen diese Bitte und bedanke mich, Herr Toeller – und bei Ihnen, meine Damen und Herren.

Der Vorsitzende dankte dem Präsidenten für seinen von der Versammlung mit reichem Beifall bedachten Bericht. In der folgenden Diskussion ging es um die Reaktion der Hochschule auf die zu erwartenden Haushaltskürzungen. Herr Blaum empfahl eine Art von mittelfristiger Gefahrenplanung, damit die wichtigsten Studienzweige gegebenenfalls von den unvermeidlichen Einschränkungen verschont werden können.

Der Präsident meinte, eine derartige Berechnungsgrundlage sei nicht einfach zu erstellen. Auch im Zusammenhang mit der Kapazitätsverordnung sei es außerordentlich schwierig abzuschätzen, wie sich beispielsweise ein Abzug mehrerer Professoerstellen auswirken würde.

Herr Henne interessierte sich für den Anteil der an der TH Darmstadt geisteswissenschaftliche Fächer Studierenden. Der Präsident erklärte, der Begriff »Geisteswissenschaften« sei zu weit gefaßt. In Darmstadt könne man z.B. bei den Fächern Jura, Wirtschaftswissenschaften und Geschichte im Gegensatz zu anderen technischen Universitäten kein Vollstudium betreiben und diese Fächer nur eingebettet in andere Studiengänge studieren. Herr Professor Böhme nannte eine Zahl von etwa 1000 Studierenden dieser Fächer. Vergleichsweise seien es beim Maschinenbau 1500, bei der Elektrotechnik 1700. An der TH Darmstadt studieren 60% der Studenten Ingenieurwissenschaften und 25% Naturwissenschaften, die restlichen 15% sind z.T. schwer einzuordnen. In Berlin sind bereits 60% der Studierenden Nichttechniker, und in München ist es nicht viel anders. Damit ist die TH Darmstadt mit deutlichem Abstand die geprägtste Ingenieurhochschule der Bundesrepublik. Aus der Versammlung heraus vorgeschlagene Aktionen, um diesen wichtigen Sonderstatus der Darmstädter Hochschule in der Öffentlichkeit deutlicher zu machen, hielt der Präsident für richtig, aber schwierig wegen der starken Lobby, welche die anderen Hessischen Universitäten unter den Abgeordneten haben. Der Präsident würde es daher vorziehen, wenn es gelänge, den Hessischen Wirtschaftsminister Herrn Karry für die Belange der Darmstädter Hochschule zu interessieren. Er würde es sehr begrüßen, wenn einflußreiche Mitglieder der Vereinigung ihm gesprächsweise dabei helfen könnten.

Schließlich kam Herr Blaum noch auf das studentische Wohnungsproblem zu sprechen. Ihn wundert, daß dabei immer nur eine Seite angesprochen wird, nämlich diejenigen, die vermieten könnten, und daß niemand das Thema berührt, welches sind die Gründe, warum Raum, der zur Verfügung steht, nicht zur Verfügung gestellt wird. Herr Blaum meinte, wenn einer einmal ein offenes Wort mit den Studenten spricht, wo denn die Widerstände liegen, daß Räume, die zur Verfügung stehen könnten, nicht vermietet werden, dann würde manches gebessert werden, wenn auch nicht in drei Monaten, aber vielleicht in einem Jahr. Der Präsident erwiderte, daß er ein solches offenes Gespräch geführt habe, und daß auch Überlegungen angestellt worden seien, ob durch Einschaltung des Studentenwerks eine Verbesserung der Situation erreicht werden könne. Im übrigen wehrte sich der Präsident gegen jede Verallgemeinerung und schloß mit dem Hinweis, auf der letzten Westdeut-

schen Rektorenkonferenz sei sehr deutlich geworden, daß Professoren und Studenten jetzt wieder mehr aufeinander zugehen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung **Verschiedenes** erfolgten keine Wortmeldungen.

Nach kurzer Pause hielt Herr Professor Dr. rer. nat. Gerhard Habermehl zum letzten Punkt der Tagesordnung den Festvortrag mit dem Titel:

#### **Gifttiere und ihre Waffen**

Wir verdanken dem Autor nachstehende Kurzfassung seines Vortrags:

Tiergifte haben den Menschen seit langem ebenso fasziniert wie Pflanzengifte; beide sind auch seit Jahrtausenden im Gebrauch sowohl als Pfeilgift zum Erjagen der Beute wie auch als Heilmittel in der Medizin.

Giftsekrete werden von Tieren in unterschiedlicher Weise produziert und angewandt. Man unterscheidet danach **aktiv giftige** Tiere und **passiv giftige** Tiere. Die ersteren, wie z.B. Schlangen, Spinnen, Skorpione, Insekten, Quallen und manche Fische, haben einen hochspezialisierten Giftapparat entwickelt, der sie in die Lage versetzt, damit Beute zu erjagen. Die passiv giftigen Tiere benutzen ihre Toxine dagegen ausschließlich zum Schutz vor ihren Feinden. Sie werden wieder untergliedert in **primär giftige** Tiere, die ihre Toxine in eigens dafür angelegten Drüsen produzieren (Frösche, Kröten, Salamander, Fische), und **sekundär giftige** Tiere, die ihre Gifte mit der Nahrung aufnehmen (Insekten, Fische, Muscheln).

Alljährlich kommt es zu zahlreichen Unfällen mit solchen Gifttieren. Die Kenntnis über die Chemie der Gifte ist mit eine Voraussetzung für eine richtige klinische Behandlung, aber auch für die Frage, ob solche Substanzen im Bereich der Medizin als Heilmittel angewandt werden können. So besitzen Substanzen aus den Hautdrüsen von Amphibien antibiotische Eigenschaften, bestimmte Komponenten mancher Schlangengifte haben Eigenschaften, die die Blutgerinnung positiv oder negativ beeinflussen und zur Behandlung von Gerinnungsstörungen klinisch verwendet werden können.

Reicher Beifall belohnte den Redner, dem der Vorsitzende mit warmen Worten für seinen Vortrag dankte und damit die Mitgliederversammlung beschloß.

Mit einem geselligen Beisammensein von Mitgliedern und Gästen im Georg-Moller-Haus klang die Jahrestagung 1980 aus.

Ehrensenator Dr.-Ing. Heinrich Toeller  
Vorsitzender

Dr. rer. nat. Franz Wenzel  
Schatzmeister und Schriftführer